

## **Positionspapier des IB zum Umgang mit der AfD**

Immer mehr Menschen in Deutschland sind gegen die Demokratie oder hassen andere Menschen, weil sie aus einem anderen Land kommen, eine andere Religion oder eine Behinderung haben. Das nennt man auch rechtsextrem. Das zeigte kürzlich die „Mitte-Studie 2022/23“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Studie stellte fest, dass mehr als acht Prozent der Menschen in Deutschland rechtsextreme Meinungen haben. In der Studie von 2020/21 waren es nur knapp zwei Prozent. Früher hatte nur eine kleine Gruppe von Menschen rechtsextreme Meinungen. Über soziale Medien können sich diese Meinungen heutzutage aber leicht verbreiten. Auch junge Menschen werden in den sozialen Medien leicht erreicht. Wer rechtsextrem denkt, ist oft auch gewaltbereit. Das zeigen immer mehr Straftaten gegenüber Geflüchteten oder Menschen mit einer anderen Meinung.

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist in weiten Teilen eine rechtsextreme Partei. Ihre Meinungen widersprechen dem deutschen Grundgesetz. Das hat auch das Bundesamt für Verfassungsschutz festgestellt.

In der Stadt Sonneberg in Thüringen wurde am 25. Juni 2023 zum ersten Mal ein AfD-Politiker zum Landrat für einen Landkreis gewählt. In Ost-Deutschland wollten im Jahr 2023 mehrere AfD-Politiker Bürgermeister werden. Diese Beispiele zeigen, dass die rechtsextreme Partei immer mehr Macht bekommt. Sie ist eine Gefahr für die Demokratie in ganz Deutschland.

Bis zum Herbst 2024 finden fünf Landtagswahlen statt. Umfragen zeigen, dass dort 10 bis 20 Prozent der Menschen die AfD wählen könnten. Im Bundesland Thüringen könnte die Partei mit 32 Prozent sogar die stärkste Partei werden. Auch bei den fünf Kommunalwahlen im Jahr 2024 könnten viele Menschen die AfD wählen. Die Partei bestimmt dann vielleicht bald in vielen Orten mit.

Es gibt aber auch Gutes zu berichten: In Nordhausen in Thüringen haben sich viele Menschen aus Politik, Kunst und Vereinen zusammengetan. Sie konnten die Bevölkerung überzeugen, den AfD-Kandidaten nicht als Bürgermeister zu wählen.

### **Zum IB**

Der Internationale Bund (IB) wurde im Jahr 1949 gegründet. Seitdem setzt er sich für eine soziale Gesellschaft ein. Er ist für Menschen da, die Unterstützung brauchen. Der IB macht Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit und hat Einrichtungen in ganz Deutschland. Sein Motto heißt: „Menschsein stärken“. Daher ist der IB dafür, dass alle Menschen gleich behandelt werden, und er ist gegen Ausländer-Feindlichkeit. Der IB steht für Demokratie und Vielfalt. Vielfalt bedeutet, dass viele unterschiedliche Menschen gut zusammen leben.

Der IB hat sich nun überlegt, wie er mit einer stärker werdenden AfD umgehen soll. Aus Sicht des IB gibt es zwei Möglichkeiten:

- Manche Menschen sagen, man sollte mit der AfD sprechen und verhandeln. Die Bevölkerung merkt dann selbst, dass die AfD gegen Demokratie und Vielfalt ist.
- Andere Menschen grenzen sich klar von der AfD ab. Sie sagen, dass sie gegen rechtsextreme Meinungen sind.

Eine wichtige Aufgabe des IB ist es, die Demokratie zu fördern. Alle Menschen, die beim IB arbeiten, sollen sich damit beschäftigen, wie man in einer Gesellschaft gut zusammen leben kann. Bei allen Bildungs-Angeboten des IB geht es daher auch um Politik und Demokratie.

Der IB möchte allen Mitarbeitenden helfen, mit Rechtsextremismus umzugehen. Die Broschüre „Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ ist eine Hilfe im Arbeitsalltag. Die Broschüre zeigt, wie man demokratisch handelt. Sie zeigt auch, welche Angebote es beim IB zu dem Thema gibt. Und an wen man sich wenden kann. Dort steht auch, wie man mit Menschen von der AfD umgehen soll. Es soll in Zukunft auch Kurse und Fortbildungen vom IB zu dem Thema geben.

### **Grundsätze zum Umgang mit der AfD**

Die Meinung der AfD steht gegen alles, wofür der IB steht. Die AfD redet schlecht über die Menschen, mit denen der IB arbeitet. Die AfD greift Wohlfahrts-Verbände wie den IB offen an. Sie möchte die Angebote des IB kürzen oder ganz abschaffen. Wenn man ihre Forderungen umsetzen würde, könnte der IB seine Arbeit nicht mehr machen.

Der IB verpflichtet sich in seiner Satzung und seinem Leitbild zu „überparteilichem und überkonfessionellem Wirken“. Das heißt, er gehört nicht zu einer Partei oder zur Kirche. Und er vertritt nicht die Meinung einer Partei oder einer bestimmten Religion. Der IB möchte Toleranz fördern. Toleranz bedeutet: Jemand findet es gut, dass die Menschen unterschiedlich sind oder unterschiedliche Meinungen haben. Der IB möchte Menschen dabei helfen,

- „sich in Freiheit zu entfalten,
- ihr Leben selbst zu gestalten,
- sich in die Gesellschaft einzugliedern,
- persönliche Verantwortung zu übernehmen
- und die gesellschaftliche Entwicklung tätig mit zu gestalten.“

Der IB ist klar gegen ausländerfeindliche und menschenfeindliche Meinungen und für eine Gleichbehandlung aller Menschen. Die Einstellung des IB passt nicht mit der Meinung der AfD zusammen.